

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 2.20 Mk., bei Selbstabholung 2.10 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18 000.

**Inseratenpreise:**  
Die 7gespaltene Petitzeile 50 Pfg. und 50%, Zenerungszuschlag = 75 Pfg. Desgl. bei Plagvorchrift 55 Pfg. und 50%, Zenerungszuschlag = 88 Pfg. Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Krise auf dem Parteitag!

### Kastentlassung Radeks.

Berlin, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Genosse Radek ist gestern nach 1/2-jähriger Schutzhaft aus dem Gefängnis entlassen.

Unter der Überschrift: Eine Schamlosigkeit berichtet die Freiheit, in welcher Weise die verantwortlichen Stellen den angeklagten „Schuh“ des gestern aus der Haft entlassenen Karl Radek organisiert hätten. Die Stellen, die im Reichsjustizministerium die Verfolgung hatten, machten es so, daß eine ganze Abteilung von Kriminalbeamten Radek in die Privatwohnung brachten, als ob es diesen Stellen besonders daran gelegen hätte, den Aufenthalt Radeks öffentlich bekannt zu machen. Gleichzeitig wurde auch durch die daran Interessierten in die ganze Presse die Nachricht von der bevorstehenden Abreise Radeks lanciert. Nachdem so dafür gesorgt war, daß alle Welt von der Ueberführung Radeks wußte, wurde die Wohnung des Gastgebers Radeks von einer ganzen Abteilung von Kriminalbeamten besetzt, von denen sie vier in seinem Zimmer postierten mit der Weisung, Radek zu bewachen, ebenso in seinem Schlafzimmer (!!), wie bei allen Funktionen, die selbst-Polizeigewaltige den Gefangenen nicht verbieten können. Radek forderte seine sofortige Zurückführung ins Gefängnis, falls diesen eben so dummen wie brutalen Vorgehen kein Ende bereitet würde. Schließlich entschloß man sich auf Protest des Rechtsanwalts Radeks einen Teil der Polizeibeamten zurückzuziehen, der andre blieb jedoch in der Wohnung Radeks, und die Tür zu seinem Schlafzimmer mußte offen bleiben.

Wenn sich das System Radek vor aller Welt noch besonders verhasst und lächerlich machen wollte, so ist diese Absicht durch das vorstehend geschilderte Verfahren der Regierungspolitik allerdings erreicht. Genosse Radek ist recht daran, seine Mißthat in den Kerker zu verlagern. Dort ist heutzutage im „freiesten Lande aller Demokratien“ die persönliche Bewegungsfreiheit noch am ehesten garantiert.

### Im Flugzeug abgehoben.

Nach einer eignen Drahtmeldung aus Berlin wird Radek am Sonnabend im Flugzeug nach Lettland gebracht werden, wo er an den Dorpater Friedensverhandlungen teilnehmen wird.

### Die Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs an die Entente.

Die Regierung gibt der Presse Anweisung zum Totschweigen. Wie wir aus sonst sehr zuverlässiger Quelle erfahren, hat die Reichsregierung in einem streng vertraulichen Rundschreiben an die regierungsoffiziellen und bürgerliche Presse die Weisung gegeben, die sogenannte Auslieferungsfrage Hindenburgs und Ludendorffs mit keiner Silbe zu behandeln, um zu vermeiden, daß die Entente unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den Weststaaten die Angelegenheit zu „einer Prestigefrage mache“.

Die Loren der deutschen Regierung, an der Spitze Herr v. Simons, glauben im Ernst, mit drei Wägen die Ententegewaltigen annehmen zu können, daß sie auf die Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs und der übrigen Legion der Heerführer verzichten. Die öffentliche Meinung der Ententestaaten wird aber sicherlich die Auslieferung eines deutschen Kriegsverbrecher, einschließlich Hindenburg und Ludendorff, verlangen.

### Die „Seldental“ von Scapa Flow.

Die Admiral v. Reuter zur Versenkung der Schiffe ermuntert wurde.

Berlin, 5. Dezember. Die englische Admiralität veröffentlicht einen Brief, den der ehemalige Chef des Generalstabs, v. Trotha, an den Admiral v. Reuter gesandt hat. Darin werde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Schiffe deutsches Eigentum seien und eine Uebergabe an den Feind nicht in Betracht kommen könne.

Von offizieller englischer Seite wird gemeldet: In Anbetracht dessen, daß die deutsche Regierung es leugnet, mit der Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow in Verbindung geblieben zu haben und jede Verantwortung dafür ablehnt, veröffentlicht die britische Admiralität die Uebersetzung eines Briefes des Chefs der deutschen Admiralität, v. Trotha, an den Admiral v. Reuter, der auf der gehobenen Emden gefunden wurde. Der Brief ist vom 9. Mai datiert und trägt den Vermerk: „Streng vertraulich“. Er befaßt unter Hinweis auf die, die Marineangelegenheiten betreffenden Verhandlungen in Versailles: „Die angelegentlichste Bedingung wird sein, daß die Schiffe deutsch bleiben, und daß ihr Schicksal, welche Wendung es auch unter dem Druck der

Die Vertagung der heutigen Vormittags-Sitzung des Parteitags zeigt, daß die Verhandlungen in der Frage der Internationale in eine scharfe Krise eingetreten sind. Bis zum Schluss der Redaktion war die Lösung noch nicht zu erkennen.

politischen Lage nehmen wird, nicht ohne unser Dazutun entschieden wird, daß wir selbst keine Ausführung in der Hand behalten. Die Uebergabe kommt überhaupt nicht in Betracht.“ Admiral v. Reuter erklärte darauf in seinen schriftlichen Bescheiden an die Kommandanten, die nötigen Vorbereitungen zum Versenken der Schiffe auf Befehl durchzuführen.

Der Volksrecht Zeitung zufolge sei in dem Brief kein direkter Versenkungsbesehl und keine direkte Aufforderung zur Versenkung enthalten gewesen. Das Schreiben entspreche seinem Sinne nach durchaus dem jederzeit von der deutschen Regierung vertretenen Standpunkte. (!)

### Oberst Reinhard aus dem Seeresdienst entlassen?

Berlin, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie der Volksrecht Zeitung in einer Funktionärsliste der S. D. P. mitteilte, sei „Oberst Reinhard“ nunmehr definitiv entlassen. Auch kündigt es im Anschluß an den Prozeß Marlas zu einem Strafverfahren.

Bisher ist offiziell noch nichts von einer Entlassung noch von einem Strafverfahren gemeldet worden. Es sollte uns nicht wundern, wenn Radek die scheinbar allzu vertrauensseligen Versicherungen seines Parteifreundes Krüger bald dementieren läßt. Auch eine Entlassung Reinhardts genügt nicht. Verbrecher gehören hinter Schloß und Riegel!

### Wiederaufnahme der Arbeit in Bitterfeld?

Nach einer Volksmeldung aus Bitterfeld sollen „Abstimmungen“ der Vollversammlungen der „Vereinigten“ Bitterfelder Werke mit großer Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen haben.

Aus der Volksmeldung entnehmen wir ferner, daß der Militär-befehlshaber unter Bruch des Abkommens erklärt, er werde auch nach der Wiederaufnahme der Arbeit keine Aufhebung der militärischen „Anordnungen“ (des Provoaktionen) der Regierung empfehlen. — Natürlich. Es war nicht anders zu erwarten!

### Verhaftung eines deutschen Gewerkschaftsführers in Köln.

Düsseldorf, 5. Dezember. (Zit.) Der Vorsitzende des Düsseldorfer Arbeiterrats, der Gewerkschaftsführer Agnes, wurde in Köln mit seinen beiden Söhnen von den Engländern verhaftet: angeblich weil er „Bolschewist“ sei. Agnes befand sich mit seinen Kindern auf der Fahrt zu seinem Vater in Endrichen, der auf dem Sterbepfand steht. Vom Düsseldorf-Gewerkschaftsamt sind die nötigen Schritte zur Entloftung getan worden.

### Wahlerfolge unserer französischen Genossen.

Stimmengewinn bei den Kommunalwahlen. Wir erhalten aus Bern vom 5. Dezember folgendes Original-telegramm:

Der Populaire in Paris meldet: Die Kommunalwahlen in Frankreich erbrachten den unifizierten Sozialisten große Erfolge. Waren bei den Kammerwahlen in Paris am 10. November bei einer Totalstimmenzahl von 595 000 152 000 sozialistische gleich 28 Prozent gezählt, so ergaben die Kommunalwahlen am 30. November bei einer Totalstimmenzahl von 459 000 158 000 sozialistische Stimmen, das sind 35 Prozent. Bei den letzten Kommunalwahlen im Jahre 1912 wurden nur 50 500 sozialistische Stimmen gezählt.

In vielen Städten bestehen nach den Stichwahlen sozialistische Mehrheiten. Bedeutenden sozialistischen Stimmengewinn weisen unter andern auf die Städte: Marseille, Lyon, Lille, St. Etienne, Roubaix, Reims, Alès, Almogès, Brest, Tourcoing, St. Denis, Levallois, Calais, Le Mans.

### Das italienische Proletariat im Abwehrkampf.

Genova, 4. Dezember. Der Generalstreik hatte sich auf Turin, Florenz, Genua, Mantua, Venedig und alle übrigen oberitalienischen Industriestädte ausgebreitet. Gleichzeitig mit dem Streikbeginn wurde in Turin eine „Jagd“ auf die Offiziere eröffnet. Der Artillerieoberst Rossi wurde durch Meißerliche schwer verletzt, außerdem erlitten weitere 15 Personen Verletzungen, 30 Personen wurden verhaftet. Der Sekretär der Arbeitskammer erklärte, die Revolution in Italien würde nicht mit Revolvern gemacht, sondern mit der vollständigen Arbeitsenthaltung, mit der die Arbeiter wirksam protestieren könnten. Die sozialistischen Arbeiter würden die Arbeit einstellen, solange es die Regierung befehle.

### Der Parteitag.

#### Der Kampf um die Internationale.

#### Die einstimmige Annahme des Aktionsprogramms.

Der Parteitag hat gestern seinen Höhepunkt erreicht, wenn auch noch nicht überschritten. Denn die Auseinandersetzung über die Stellung der Partei zur Internationale ist in der Mittwochs-Sitzung nicht über die begründenden Resolutions für die drei Resolutionen hinausgekommen, die zur Entscheidung stehen. Und die ist weit schärfer umstritten, als das Aktionsprogramm. Das zeigte sich in dem Sturm der Wortmeldungen, der bei Beginn einsetzte, und in den leidenschaftlichen Beschwerden, die am Schlusse der Vormittags-Sitzung über die Anlegung der Rednerliste vorgebracht wurden; in dem heißen Bemühen, einen Weg zu finden, durch den eine gleichmäßige Berücksichtigung aller Seiten gewährleistet und die organisierte Oskupierung der Rednertribüne durch eine Gruppe verhindert wird. Er wurde schließlich in der Sonderung der Redner nach ihrer Stellung zu den drei Resolutionen erblüht, nachdem Genosse Ledebour gegen die Gleichsetzung der seinigen mit der des Genossen Hilferding energisch protestiert hatte.

Nach diesem Vorpiel mußte man auf einen Kampf gefaßt sein, der die Auseinandersetzungen beim Punkt Programm und Taktik an Heftigkeit noch hinter sich lassen würde. Es läßt sich noch nicht erkennen, ob diese Annahme inzwischen hinlänglich geworden ist. Aber es hat sich am Nachmittag aus der Rede des Genossen Ledebour die Möglichkeit ergeben, daß der Auseinandersetzung durch eine Einigung des Parteitags auf eine etwas veränderte Fassung der Resolution Ledebour dieses von ihrer Schärfe genommen wird. Die Erklärung am Schlusse der Sitzung, durch die die Genossin Sender-Frankfurt a. M. unter Hinweis auf Ledebours Ausführungen ihre Unterschrift unter die Resolution Stoeker zurückzog, eröffnet Ausichten. Die heutige Verhandlung wird zeigen, ob sie sich zu Tatsachen verdrichten.

Die Resolution Stoeker erklärt den Austritt aus der reformsozialistischen Internationale und lehnt die Bescheidung der Genfer Konferenz ab. Für eine revolutionäre Internationale kommen für sie nur die Parteien in Frage, die sich entschlossen auf den Boden der sozialen Revolution, der Diktatur des Proletariats und des Räteystems stellen. „Da die Unabhängige Sozialdemokratische Partei mit den Grund-sätzen der dritten kommunistischen Internationale einverstanden ist und in ihr den Kern einer wahrhaft revolutionären Internationale erblickt“, soll der Anschluß an die dritte Internationale unverzüglich vollzogen und sollen alle sozialrevolutionären Parteien, die ihn bis jetzt unterlassen, aufgefordert werden, diesem Beispiel zu folgen.

Dagegen verweist die Resolution Hilferding sowohl den Brüsseler wie den Moskauer Versuch eines Wiederaufbaus der Internationale, da die zweite Internationale gerade die revolutionärsten Proletariatsfraktionen mit Mißtrauen erfüllt, während die Moskauer einen spezifisch-kommunistischen, sektenhaften Charakter und keine Aussicht hat, die für den sozialistischen Kampf entscheidenden großen Proletariatsmassen des industriellen Westens in sich zu vereinen. Der Parteitag soll die Versuche der Parteileitung billigen, mit den auf sozialrevolutionärem Boden stehenden Parteien, ob sie der Brüsseler oder der Moskauer Organisation angehören, Fühlung zu nehmen, um die Grundlage für eine revolutionäre Internationale zu schaffen; sie soll zu diesem Zwecke einen internationalen Sozialistenkongreß anstreben; von dem Ergebnis soll die endgültige Stellung der Partei abhängen.

Die Resolution Ledebour berührt sich mit der Resolution Hilferding in der Forderung einer Konferenz der revolutionären Organisationen, die eine revolutionäre Internationale zu schaffen hätte. Aber sie unterscheidet sich wesentlich von der Resolution Hilferding durch die ausdrückliche Ablehnung einer Bescheidung der Genfer Konferenz, und sie zieht den Kreis der Parteien, die zu der neuen Internationale geladen werden sollen, enger, indem sie das Bekenntnis zur Räteorganisation und zur Diktatur des Proletariats fordert, während Hilferding nur die Entschließung für die Diktatur des Proletariats zur Bedingung machen will. Außerdem betont Ledebour besonders, daß die Partei sich mit den Zielen der Moskauer Internationale völlig einsehe, was wieder eine Unterscheidung von der Resolution Stoeker bedeutet, die das Einverständnis mit den Grundsätzen der kommunistischen Internationale ausdrückt.